

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: bis 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 14 Pf., bis 29 mm breite mm-Zeile im Tagblatt 1,10 RM. Rabatt nach Stoff d. Anzeigenpreisl. Nr. 1. Briefgebühren für Zusatzenanzeigen 30 Pf., auschl. Porto. Für Einwerbung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einsch. Trägerlohn monatlich. Postgebühren: 1,00 RM. Postbezugspreis 2,00 RM. einsch. 45 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach - Fernruf: Ostvertrieb: Sammelnnummer 24 601, Fernvertrieb 14 194, 20 024, 27 951 - 27 953 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Dittoristr. 4 a; Fernruf: Kurfürst 9361 - 9366
Verlag: Dresden 2060 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anzeigens.

Nr. 190 / 43. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Donnerstag, 6. Juni 1935

Ernstste Krise in Frankreich

Die Kammer verweigert dem Kabinett Bouisson die Vollmachten — Auflösung der Kammer? — Letzter Versuch, ein handlungsfähiges Kabinett zu bilden

Auftrag an Laval

* Paris, 5. Juni.

Das soeben erst gebildete französische Kabinett Bouisson wurde nach kaum dreitägigem Bestand, als es sich zum ersten Male der Kammer vorstellte, sofort gestürzt. Das von ihm verlangte Ermächtigungsgesetz zum Schutze der Währung und zur Sanierung der Staatsfinanzen wurde ihm mit 264 gegen 262 Stimmen verweigert.

In Paris herrscht äußerste Erregung. Niemand weiß, was nun kommen soll. Ueber dem ganzen Lande liegt eine ungeheure Spannung. Der Präsident der Republik ist sichtlich damit beschäftigt, die Krise zu lösen. Außenminister Laval schlug die Wiederbeauftragung Bouissons vor. Bouisson lehnte aber ab und schlug seinerseits den 70-jährigen Senatspräsidenten Jeanneney vor.

Am Mittwochmorgen bot der Staatspräsident dem Senatspräsidenten Jeanneney die Kabinettsbildung an. Jeanneney hat diesen Auftrag aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Darauf wurde der bisherige Außenminister Laval beauftragt.

Noch kein Ausweg gefunden

„Kahenjammer“ in Paris — Der Versuch Lavals — Vor Straßenspendungen der Rechtsverbände?

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 5. Juni

Heute morgen um 9 Uhr empfing der Präsident der Republik den Senatspräsidenten Jeanneney, um ihn mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Der altergraue Präsident lehnte ab, aber ganz bestimmt ab und empfahl dem Präsidenten den Außenminister Laval zur Regierungsbildung. Laval erklärte er sich doch grundsätzlich bereit, die Neubildung einer Regierung zu versuchen. Er begab sich sofort in das Ministerium des Innern, um dort die Beteiligungen mit seinen Freunden anzugehen. Er hofft, noch im Laufe des Nachmittags dem Staatspräsidenten mitteilen zu können, ob er endgültig die Kabinettsbildung annehmen kann.

Laval empfing heute mittag auch eine Abordnung der ehemaligen Frontkämpfer unter Führung des Generalkommandeurs des Nationalverbandes der ehemaligen Frontkämpfer und Kriegsveterane, Bisollet, der dem Kabinett Laval als Vizepräsident angetraut. Die Abordnung soll Laval empfehlen haben, er möge einen Frontkämpfer-Extrakt in sein Kabinett aufnehmen und die Verpflichtung übernehmen, daß die Rechte der ehemaligen Frontkämpfer nicht angefaßt werden.

Wie zur Stunde ist noch nicht ersichtlich, ob Laval Erfolg haben wird. Die Wirtschaftskreise und die Rechtskreise hoffen sehr auf ihn und sind bereit, ihn in jeder Weise zu unterstützen. Wahrscheinlich wird aber von allen Seiten darauf gedrungen, das Kabinett Bouisson durch ein Kabinett Laval zu ersetzen.

Warnung an das Parlament

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Paris, 5. Juni. (Durch Funkfern)

Außenminister Laval gab nach der Kammerniederlage der Regierung der Unruhe eine sehr ernste Erklärung. „Ich bedauere das Abstimmungsresultat der Kammer aufs tiefste“, so äußerte sich Laval. „Ich bin ein Anhänger der demokratischen Institution und der bürgerlichen Freiheit. Und deshalb meine ich, daß wir durch eine überspannte Haltung dieser Begriffe nicht unseren öffentlichen Kredit, den Kredit des Staates, auf Spiel setzen dürfen. Mehrere Monate lang hatte ich die Ehre, Frankreichs Außenminister zu sein. Ich weiß, daß Frankreich vor dem Auslande unbedingt eine feste Regierung braucht. Europa ist voller Un-

ruhe. Der Friede ist nicht gesichert. Alle unsere Bemühungen konzentrieren sich auf das Ziel, den Frieden auf einer festen Grundlage zu erhalten. Die sich wiederholenden innenpolitischen Krisen schwächen unser Land. Ich verfolge das Jögern der Parlamentarier, in einen zeitlich begrenzten Versuch auf ihre Rechte einzuzuwillingen, sehr wohl. Die Parlamentarier ihrerseits aber mühten verstehen, daß sie noch einer doppelten innenpolitischen Krise sich nicht länger ihren Pflichten entziehen können. Die Kompromißbedingungen, die Bouisson nach der zweiten Abstimmung von vielen Kammermitgliedern dargebracht wurden, beweisen klar, daß das Kabinettsresultat sich in keiner Weise gegen Bouisson persönlich richtete. Deshalb habe ich auch darauf bestanden, daß Laval Bouisson noch ein zweites Mal zur Übernahme des Ministerpräsidentenpostens auf-

fordern sollte. Die Rechte rechnen immer noch mit einer Kammerauflösung. In den Wandelgängen der Kammer herrscht heute morgen großer „Kahenjammer“. Den Parlamentarier erscheint der Streich, den sie gestern abend begingen, doch sehr wenig einsehbar, und sie wissen nun nicht ein noch aus.

Heute morgen um 10 Uhr nahmen die Linken an einer „demokratisch-parlamentarischen Versammlung“ zur Rettung des Regimes teil. Aufrecht, aber Leon Blum erklärte, daß er und seine Freunde an einer Linkenregierung nur dann teilnehmen könnten, wenn es sich um ein „Kampfkabinett“ zur Verteidigung der demokratischen Freiheit handle, und daß es nur eine Aufgabe haben dürfe: die Kammer so schnell wie möglich aufzulösen. Daraufhin erklärte der Fraktionsvorsitzende der radikalsozialen Partei, Delbos, daß er keine Belanzen habe, im weitestgehenden Zustimmungsstadium zu stehen. Ob sich die Linke doch noch einigen wird, ist zweifelhaft.

Die Rechtsverbände zeigen augenblicklich, um sich schillern zu werden, wann und unter welchen Bedingungen sie ihre Anhänger auf die Straße schicken sollen. Der Polizeipräsident hat seine Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, um allen möglichen Unruhestiftern sofort begegnen zu können. Bevor aber nicht — gleich in welcher Weise — eine Entscheidung über die Lösung der Kammerkrise getroffen ist, dürfte nicht mit Zwischenfällen zu rechnen sein. Am liebsten wird das reaganische Wetter von Paris die Demonstrationstendenz der Rechtsverbände etwas eindämmen.

„Aber was ist die ganze Wahrheit? Organisationsmaßnahmen nur? Nur Verabschiedung der Organisationsmaßnahmen? Einschränkung der Rechte? Nichts! Ich möchte es, als man seinen aus der Kammer hinaus, aber bei vielen Abgeordneten auf der linken Seite. Ich bin der Mann, der vor längerer Zeit einmal von der „rohen Wut“ gesprochen hatte, die in Frankreich infolge der finanziellen Miswirtschaft der letzten Jahre notwendig sei, und er hat nach seinem Rücktritt in einem Interview die Worte von der größten Wut noch einmal erinnert, indem er sagte: „Ich habe einmal von der großen Wut gesprochen. Der Augenblick ist gekommen, wo man ihr ins Gesicht sehen muß, wo man in völliger Offenheit sprechen und dem Lande die ganze Wahrheit sagen muß.“

Der Sturz der 98. Regierung

Das eben erst geborene französische Kabinett Bouisson ist bereits wieder gestorben. Frankreich hat nach nur dreitägigem Bestand die 98. Regierung seit Gründung der Dritten Republik im Jahre 1870 verloren und ist auf der Suche nach der 99. Wahrscheinlich wird man in Paris sehr bald das Jubiläum der 100. Regierung innerhalb von 65 Jahren feiern können.

Alle altbewährte parlamentarische Geschicklichkeit hat den bis vor kurzem noch sozialdemokratischen Kammerpräsidenten Bouisson nicht vor der Katastrophe bewahrt. Es nützte ihm nichts, daß er verkündete, er habe seinem Kabinett die „breiteste parlamentarische Grundlage gegeben, die je eine Regierung der französischen Republik besessen habe“. Es nützte ihm nichts, daß er ihn gelungen war, den konservativen Zirkel rings um Louis Marin auf der rechten in einem Kabinett zusammenzuführen mit Herrn Follard, der zu eben diesem Zwecke gerade frisch aus der Sozialdemokratischen Partei ausgestiegen war, oder mit Joseph Caillaux, den die Rechte während des Krieges als „Verräter“ und „Deutschfreund“ wenn möglich im Straßenspendenplan von Vincennes gefangen hätte, und den man in den gleichen Kreisen seinerzeit zwar gerechnet, aber bei den Bestrebenden sehr unbeliebten Einkommensteuer wegen haßt.

Vielleicht hat die schillernde, unüberhörliche und nirgends recht fahrbare Persönlichkeit dieses zweifellos außerordentlich begabten Mannes mit dem Sturz des Kabinetts beigetragen. Caillaux wußte sich in der kurzen Debatte, die der dramatische Abstimmungsabend voranbrachte, einen Sonderantritt gefallen lassen. Ein Abgeordneter erinnerte an eine Rede, die der Finanzminister vor kurzem gehalten habe und in der er u. a. gesagt hatte, er sei zwar gegen eine Abwertung des Franken, aber Frankreich könne unter Umständen doch „ein kleines währungsökonomisches Opfer“ auf sich nehmen, sobald festgestelltes sei, daß die andere Forderung eine Währungsstabilisierung vorsehen wolle. Weshalb wolle man ihm in der Kammer vor, dieses kleine währungsökonomische Opfer sei weiter nichts als eine Abwertung des Franken und damit würde man einen sehr gefährlichen Weg beschreiten. Caillaux antwortete, daß er niemals, solange er Finanzminister sei, eine Entwertung des Franken vorsehen und niemals ein Goldausfuhrverbot erlassen werde. Diese Antwort hat scheinbar nicht überzeugt, und dieses Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des Frankens hat das Kabinett jedenfalls nicht.

Dazu kommt, daß man auf der linken — und es war die Linke, die das Kabinett zu Fall brachte — von den neuen Männern eine äußerst scharfe Deklaration erwartete, die Caillaux in der Mann der rigoreux Sparmaßnahmen und der Verabschiedung der Staatsausgaben unter allen Umständen. Er ist der Mann, der vor längerer Zeit einmal von der „rohen Wut“ gesprochen hatte, die in Frankreich infolge der finanziellen Miswirtschaft der letzten Jahre notwendig sei, und er hat nach seinem Rücktritt in einem Interview die Worte von der größten Wut noch einmal erinnert, indem er sagte: „Ich habe einmal von der großen Wut gesprochen. Der Augenblick ist gekommen, wo man ihr ins Gesicht sehen muß, wo man in völliger Offenheit sprechen und dem Lande die ganze Wahrheit sagen muß.“

Aber was ist die ganze Wahrheit? Organisationsmaßnahmen nur? Nur Verabschiedung der Organisationsmaßnahmen? Einschränkung der Rechte? Nichts! Ich möchte es, als man seinen aus der Kammer hinaus, aber bei vielen Abgeordneten auf der linken Seite. Ich bin der Mann, der vor längerer Zeit einmal von der „rohen Wut“ gesprochen hatte, die in Frankreich infolge der finanziellen Miswirtschaft der letzten Jahre notwendig sei, und er hat nach seinem Rücktritt in einem Interview die Worte von der größten Wut noch einmal erinnert, indem er sagte: „Ich habe einmal von der großen Wut gesprochen. Der Augenblick ist gekommen, wo man ihr ins Gesicht sehen muß, wo man in völliger Offenheit sprechen und dem Lande die ganze Wahrheit sagen muß.“

Alle diese Betrachtungen sind natürlich Notbehelfe, sind ein Versuch, sich wenigstens einigermaßen in dem Wirrwarr der französischen Krise zurechtzufinden. Die eigentlichen Ursachen des überfallenden Kabinettssturzes werden selbst von den Pariser Blättern

äußern außerordentlich widerspruchsvoll beurteilt, und übereinstimmend ist nur die allgemeine Ueberzeugung, denn man hatte unter allen Umständen damit gerechnet, daß die Kammer widerprüchlos und ohne große Debatte Herrn Bouisson die geforderten Vollmachten für fünf Monate bewilligen, daß also die Regierung ein halbes Jahr Zeit zum ruhigen Arbeiten haben würde. Die Börse hatte bereits entsprechend reagiert, die französischen Renten hielten um einige Punkte, das Pfund ging wieder zurück, und fast 700 Personen erschienen nur noch durchschnittlich 70 Personen an den Schaltern der Bank von Frankreich, um Gold zu verlangen.

Was ist nun anders gekommen. Die Kammer hat in einem „Anfall von Verrücktheit“, wie sich das reichsdeutsche „Echo de Paris“ ausdrückt, das Kabinett gestürzt und damit eine neue Lage geschaffen. Die bereits von Voltaire getroffenen Anordnungen zur Eindämmung der Spekulation und denen die Angriffe auf die französische Währung, deren Wirksamkeit die Börse durch die eben erwähnte Debatte bereits untergraben hatte, sind juristisch hinfällig geworden. Was soll nun geschehen? Verloren gehen bilden sich in den Straßen von Paris die ersten unheilverkündenden Ansammlungen. Noch ist alles ruhig.

Aus allen Pariser Meldungen spricht aber das Gefühl, daß nur das entschlossene Handeln weniger Stunden das Land von einer Finanzpanik trennt. Das französische Volk versteht die aufeinanderfolgenden Kabinettskrisen ebensowenig wie wir in Deutschland. Ueberall sagt man: Wir hören jeden Tag, daß das Land in höchster Gefahr ist, daß der Franken vor dem Abgleiten bewahrt und der Sparer vor schweren Verlusten bewahrt werden muß, daß es Zeit ist, äußerliche Logik, zum schnellsten Handeln — und dann wird ein Kabinett, das in solchem Handeln entschlossen war, abgesetzt, ohne daß man recht weiß warum, und es erscheint ein neues Kabinett, das einige andre Persönlichkeiten enthält, in der Sache aber genau dasselbe will wie das gestürzte. Man verkündet, daß dieses neue Kabinett genau dieselben Vollmachten erhalten wird, die man dem gestürzten verweigerte. Und wenn es dann soweit ist und man sich von dem Mannern über diesen seit Jahren Dekorationswandel einigermassen zu erholen beginnt, wird plötzlich aus dieses Kabinett aus unerklärlichen Gründen wieder gestürzt. Während dieser Komödie aber erklärt man gleichzeitig in allen Zeitungen und an allen Ausschlagstellen, daß das Vaterland in Gefahr ist und rühmlich und energiegelos Handeln nötig ist. Wie soll man sich all das annehmen? So fragt der Mann auf der Straße, der französische Durchschnittsbürger. Wenn aber solche Fragen aufstehen, dann handelt es sich nicht mehr um eine bloße Regierungskrise, auch nicht mehr um eine bloße Krise der Währung, dann ist die Krise des Systems wieder einmal in ein akutes Stadium getreten. Die dritte Republik hat viele solcher Krisen überstanden. Die wird sicher auch über die letzte hinwegkommen. Aber diese Verastaltungen des parlamentarischen Systems werden von einem zum andern Fall immer schlimmer und treten immer häufiger wieder. Alle Politiker stehen wieder einmal um das Krankenbett — aber das Mittel, das die politische Krankheit auf die Dauer heilen kann, hat dort noch keiner gefunden. Th. Sch.

Erstes Nachspiel

„Eigentlich“ eine Mehrheit für Bouisson

Paris, 5. Juni. (Durch Funkfern)

Einige Blätter berichten, daß in den letzten Abendstunden des Dienstags in den Wandelgängen der Kammer beauftragt worden sei, daß verschiedene Abgeordnete mit der Erklärung, sie hätten für das Kabinett stimmen wollen, eine Vertikale ihrer Stimmabgabe vorgenommen hätten. Die vertikale Stimmabgabe für das Kabinett sei somit in einer Mehrheit von 18 geworden. Gemäß der Geschäftsordnung hätte diese Vertikale aber nichts an dem in der Kammerabstimmung verkündeten Ergebnis.

Ausführlicher Bericht über den Verlauf der Kammerabstimmung findet sich auf Seite 2.